



## Kinder und Jugendrechte in den Landtagswahlen in Hessen 2023

### Zum Thema Bildung:

#### Frage 1:

**In Hessen leben über eine Million Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre. Kinder haben das Recht auf gleiche Bildungschancen unabhängig von Herkunft und Wohnort und damit auf gute Startchancen in ein selbstbestimmtes Leben. Welche Maßnahmen und Investitionen zur Verbesserung des Bildungssystems haben Sie kurz-, mittel und langfristig vorgesehen, um dieses Ziel auch für alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen?**

#### Antwort CDU:

Unserer christdemokratischen Bildungspolitik liegt das christliche Menschenbild zugrunde. Jeder Mensch ist einzigartig. Seine Würde ist unantastbar. Wir wollen die Menschen in ihrer Freiheit stärken und schützen, damit sich jeder nach seinen Fähigkeiten und Begabungen entfalten kann und für sich und andere Verantwortung übernehmen kann. Deshalb steht für uns als Volkspartei die individuelle Förderung im Zentrum. Für uns zählt jede einzelne Bildungsbiografie über Lebensabschnitte hinweg. Wir wollen auch weiterhin in Hessen gute Bildung von klein auf und die Stärken jedes Einzelnen fordern und fördern.

Wir stehen für unser Chancenschulsystem mit verschiedenen Schulformen, das auf den Prinzipien des Forderns und Förderns aufbaut und die bestmögliche Bildung jedes Einzelnen besser ermöglicht als eine Zwangseinheitsschule. Deshalb halten wir an unserem begabungs- und leistungsorientierten, differenzierten Schulsystem und somit auch an dem Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau der Förderschulen fest. Wir sind gegen ideologische Experimente auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen – unsere Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer und Schulen brauchen keine neuen Systemdebatten über die Einführung oder Abschaffung von etablierten Schulformen, sondern Konzentration auf das, was zählt: guten Unterricht.



Wir wollen daher weiter kräftig in Lehrerstellen, Modernisierung, Digitalisierung und Entlastung der Schulen investieren. Jeder Euro, den wir in die Bildung geben, ist eine Investition in die Zukunft unserer jungen Menschen, in die Zukunft unseres Landes. Unter Führung der CDU hat Hessen die Bildung in den Mittelpunkt gestellt und die Investitionen stetig gesteigert. Im Jahr 2024 überschreitet der Bildungsetat erstmals die Marke von fünf Milliarden Euro.

Mit 64.000 Lehrkräften haben wir so viele Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen wie noch nie. Allein im aktuell vorliegenden Doppelhaushalt 2023/24 schaffen wir zusätzlich 4.000 neue Lehrerstellen.

Aufbauend auf diesem stabilen Fundament stellen wir uns den Herausforderungen unserer Zeit und bauen die Schule der Zukunft. Das Ziel ist klar: Wir wollen jedem einzelnen Kind bestmögliche Bildungschancen eröffnen. Auch und besonders in einer Zeit, die geprägt ist von der Zuwanderung und der Integration Geflüchteter, einer hohen Nachfrage nach Fachkräften in nahezu allen Berufsfeldern und von der Digitalisierung vieler Lebensbereiche.

Dazu wollen wir u.a. an folgenden Errungenschaften festhalten bzw. folgende Punkte stärken:

- Wir haben die Schule der Zukunft im Blick. Dazu zählt, dass wir die Schulträger mit einem Investitionsprogramm dabei unterstützen werden, die Schulen gut und innovativ auszustatten. Wir werden die Schule der Zukunft zu bauen und Schulen, Lehrer und Schüler auf dem Weg der Digitalisierung begleiten. Der Anschluss der Schulen an gigabitfähige Infrastruktur ist inzwischen in über 90 Prozent der Schulen umgesetzt. Diesen Weg wollen wir vollenden. WLAN muss schnellstmöglich in allen Schulen Standard werden.
- Die Umsetzung eines umfassenden Ganztagsangebots für Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter stellt einen wichtigen Baustein zur Verbesserung von Bildungs- und Chancengerechtigkeit sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar und erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Ganztägige Angebote werden wir weiter ausbauen. Dafür stellen wir rund 5.000 zusätzliche Lehrerstellen bereit und helfen den Schulträgern bei der Bereitstellung der Infrastruktur. Wir stehen für pädagogisch und qualitativ hochwertige ganztägige Angebote mit klar definierten Standards statt einem Zwang zur Ganztagschule.
- Wir halten auch in Zukunft an dem dezentralen Regelungsansatz im Bildungssystem fest, der den Schulgemeinden vor Ort möglichst viel Eigenverantwortung ermöglicht und nur das zentral regelt, was geregelt werden muss. Im Sinne einer noch besseren Vergleichbarkeit werden wir Schritt für Schritt Kerncurricula in den Schulfächern fortentwickeln, damit überall in Hessen bestimmte Lerninhalte standardmäßig unterrichtet werden.
- Kurze Beine brauchen kurze Wege. Deshalb werden wir uns auch in Zukunft dafür stark machen, kleine Grundschulen zu erhalten



- Wir führen ein Update der Lehrinhalte durch, um in Zukunft mehr praktische Lebenskompetenzen in der Schule zu vermitteln. Junge Menschen müssen frühzeitig lernen, wie man Verträge abschließt, für das Alter vorsorgt, sich gesund ernährt oder mit Fake-News im Internet umgeht.
- Für uns steht nach wie vor die Stärkung der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen im Vordergrund. Wir wollen die unter Führung der CDU eingeführte Qualitätsoffensive Mathematik fortsetzen und werden zur Stärkung der Bildungssprache Deutsch unter anderem eine zusätzliche Deutschstunde in den Jahrgangsstufen 1 und 2 einführen.

#### **Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die beiden Fragen (1 und 3) gemeinsam beantwortet.

Wir GRÜNEN wollen ein chancengerechtes Bildungssystem, das alle Kinder und Jugendlichen unabhängig ihres Hintergrunds in ihrer Individualität fördert, sodass sie ihre Persönlichkeit und Talente frei entfalten können. Aus diesem Grund haben wir GRÜNEN seit Eintritt in die Landesregierung im Jahr 2014 der Bildungspolitik in Hessen eine neue Richtung gegeben. Mit dem Landesprogramm „Die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen“ stellen wir die Chancengerechtigkeit in den Mittelpunkt unserer Bildungspolitik und nehmen bspw. mit der sozialindizierten Lehrkräftezuweisung und dem Ausbau multiprofessioneller Teams gezielt die Schulen und Schüler\*innen in den Blick, die besonderen Unterstützungsbedarf haben.

Insbesondere die Arbeit in multiprofessionellen Teams bietet unserer Ansicht nach riesige Chancen, die unterschiedlichen Begabungen und Potenziale der Schüler\*innen individueller zu fördern sowie soziale, psychologische und gesundheitliche Präventionsarbeit an Schulen zu leisten. Auf diese Weise entwickeln sich Schulen zunehmend von reinen Lernstätten zu sozialen Lebensräumen, die eine ganzheitliche Förderung ermöglichen. Gleichzeitig entsteht mit der Übernahme zusätzlicher Aufgaben durch weiteres Fachpersonal mehr Raum für die pädagogischen Kerntätigkeiten der Lehrkräfte und entlastet diese von nicht-pädagogischen Aufgaben. Auf GRÜNE Initiative wurden deswegen seit 2017 erstmals Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte („UBUS“) zur Verfügung gestellt, um die Schulsozialarbeit an unseren Schulen landesseitig zu unterstützen – inzwischen stehen hierfür über 1.100 Stellen zur Verfügung. Dabei kommen diese Ressourcen insbesondere Grundschulen, die im Bereich der inklusiven Beschulung besonders gefordert sind oder eine hohe Schülerzahl aufweisen und allen weiterführenden Schulen mit dem Bildungsgang Haupt- und Realschule zugute. Diese Schulen bekommen spätestens zum Schuljahresstart 2023/2024



mindestens eine sozialpädagogische Fachkraft zugewiesen. Auch die Stellen im Bereich der Schulpsychologie und der Schulgesundheitspflege haben wir gesteigert bzw. erstmals geschaffen (s.u.).

Gleichwohl sind wir uns bewusst, dass die Pandemie neue Herausforderungen geschaffen und bestehende Ungleichheiten verschärft hat und der Unterstützung durch multiprofessionelle Teams (insbesondere sozialpädagogische Fachkräfte) verstärken sowie die Chancen der Ganztagschulentwicklung sowie der Digitalisierung und datengestützten Qualitätsentwicklung von Schule für mehr individuelle Förderung nutzen. Bei UBUS wollen wir einen weiteren Schwerpunkt auf die Abschlussklassen der Schulen mit Haupt- und Realschulbildungsgang setzen, um den Übergang in den Beruf zu unterstützen. Auch die Versorgung im Bereich der Schulpsychologie und der Schulgesundheitspflege wollen wir weiter ausbauen, um eine ganzheitliche (soziale, gesundheitliche etc.) Förderung der Schüler\*innen zu ermöglichen. Das für den Sozialindex zur Verfügung stehende Stellenkontingent wollen wir weiter erhöhen und die Berechnung des Indexes unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Vorgaben und Erfahrungen aus anderen Bundesländern weiterentwickeln und dabei mehr schulscharfe Kriterien berücksichtigen. Das Aufholprogramm nach Corona wollen wir auch über das kommende Schuljahr hinweg fortführen und stärker auf Schulen und Schüler\*innen mit den größten Herausforderungen konzentrieren (s.u.). Mit einem „Chancenbudget Hessen“ wollen wir allen Schulen die Möglichkeit geben, unterrichtsergänzende sowie ganzheitliche Förderangebote bspw. im Bereich der kulturellen oder sportlichen Bildung zu machen.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Ergebnisse des IQB-Bildungstrends und auf Grundlage der Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK wollen wir zudem die Lesekompetenz durch die Einführung verbindlicher Lesezeiten (Lautlesetrainings) in der Grundschule stärken. Dabei verstehen wir Lesen als eine Querschnittskompetenz, die nicht allein im Deutschunterricht, sondern auch in Mathematik, Sachkunde, Religion/Ethik etc. stärker gefördert werden kann und soll. Eine Stärkung von Grundkompetenzen im Bereich Lesen, Schreiben und Rechnen soll deshalb nicht zulasten der Vermittlung weiterer Kulturtechniken, bspw. im Bereich der musisch-künstlerischen oder sportlichen Bildung gehen. In dieser Legislaturperiode haben wir bereits die Deutsch-Vorlaufkurse im Jahr vor der Einschulung für Kinder mit Sprachschwierigkeiten verpflichtend gemacht und die Studententafel in den Klassenstufen 3 und 4 um eine zusätzliche Deutschstunde erweitert. Damit setzen wir in Hessen bereits einige zentrale Maßnahmen um, die die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz zuletzt vor dem Hintergrund der IQB-Ergebnisse zu den Kompetenzen in der vierten Klasse in Deutsch und Mathematik als Handlungsempfehlung vorgestellt hat.

Darüber hinaus erkennen wir Mehrsprachigkeit als gewinnbringende Fähigkeit in unserer vielfältigen Gesellschaft und globalisierten Welt an. Es zeigt sich außerdem, dass sich das sichere Beherrschen der Muttersprache auch positiv auf den Erwerb der Bildungssprache Deutsch auswirkt. Deswegen wollen wir auch mehrsprachige Kompetenzen zusätzlich zur Bildungssprache Deutsch zukünftig noch gezielter fördern, bspw. durch Projekte zur mehrsprachigen Leseförderung



in Kitas und Grundschulen. Den in Ziel- und Umsetzung nicht mehr zeitgemäßen Herkunftssprachlichen Unterricht wollen wir reformieren. Die Auswahl der Sprachen wollen wir hierbei stärker am Kriterium der Zahl der Sprecher\*innen in Hessen und Deutschland orientieren und prüfen, wie die Anstrengungen der Schüler\*innen in diesem Bereich besser berücksichtigt und honoriert werden können.

Als GRÜNE möchten wir zudem die Beschulung zugewanderter und geflüchteter Kinder und Jugendlicher weiter verbessern. Neben der Absenkung der Klassengrößen in Intensivkursen und –klassen wollen wir diese auch stärker an allen Schulformen und Schulstandorten etablieren, sodass eine einseitige Konzentration an Grund- und Gesamtschulen vermieden wird. Auch soll eine erleichterte Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe mit begleitender sprachlicher Förderung bis zum Abitur für Lernende mit geringen Deutschkenntnissen möglich gemacht werden, damit jede\*r Schüler\*in je nach Neigung und Talent den bestmöglichen Bildungsabschluss erreichen kann. Modelle der (Teil-)Integration in Regelklassen mit aufgestocktem Personalschlüssel wollen wir stärker unterstützen. Auch setzen wir einen besonderen Schwerpunkt darauf, dass möglichst alle Jugendlichen einen Weg in das Arbeitsleben finden können. Kein junger Mensch soll zwischen Schule und Arbeitswelt verloren gehen oder jahrelang Warteschleifen durchlaufen, die sie oder ihn letztlich nicht weiterbringen – hierfür haben wir mit den „Berufsfachschulen zum Übergang in Ausbildung“ (BÜA) ein neues Übergangssystem geschaffen, um Schüler\*innen ohne Schulabschluss durch die Förderung von fachlichen und überfachlichen Kompetenzen und gezielte Berufsvorbereitung in ein passendes Ausbildungsverhältnis zu vermitteln. Darüber hinaus kann der Hauptschul- oder Realschulabschluss nachgeholt werden. Diese Programme wollen weiterentwickeln und ausbauen. Bspw. wollen wir prüfen, inwiefern die Unterstützung der Schüler\*innen durch sozialpädagogische Fachkräfte auch nach der Vermittlung in ein Ausbildungsverhältnis für einen gewissen Zeitraum fortgeführt werden kann, um eine erfolgreiche Eingewöhnung in das Berufsleben zu fördern.

#### **Antwort SPD:**

Unsere Gesellschaft lebt von Menschen, die sich beteiligen. Gute Bildung ist die Grundlage dafür, dass alle Menschen sich an unserer Gesellschaft gleichberechtigt beteiligen können. Von der Krabbelgruppe bis zum Meister oder Master muss Bildung für alle kostenfrei zur Verfügung. Jeder Mensch, der sich qualifizieren möchte, wird optimal gefördert. Und jedem Menschen versprechen wir, dass es möglich ist, durch Qualifikation sozialen Aufstieg zu erreichen.

Wir wollen, dass Bildungserfolg nicht vom Einkommen der Eltern oder überhaupt von äußeren Rahmenbedingungen abhängt. Kinder sollen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sozialem und kulturellem Hintergrund, sonderpädagogischem Förderbedarf oder Behinderung, diskriminierungsfreie gleiche Bildungschancen und damit gute Startchancen für Leben und Zukunft haben.



Gleiche Bildungschancen für alle Menschen erreichen wir, indem Chancen nicht vom Wohnort abhängen. Um lange Schulwege zu vermeiden, können im Grundschulbereich altersgemischte Klassen und im weiterführenden Bereich gemeinsame Sekundarschulen dazu beitragen, möglichst wohnort- und betriebsnah alle Kinder und Jugendlichen zu fördern.

Die Modernisierung und Sanierung von Schulen wollen wir mit einem gezielten Investitionsprogramm vorantreiben.

Wir weiten die Lernmittelfreiheit auf den digitalen Bereich aus. Lernende und Lehrende erhalten die notwendigen Geräte und Plattformen zur Verfügung. Medienerziehung bedeutet aber nicht nur, Schüler\*innen mit Hardware auszustatten und für WLAN an den Schulen zu sorgen. Die verbindliche Bearbeitung verschiedener Module des Jugendmedienschutzes und die Vorbeugung von Mediensucht sorgen für Sicherheit unserer Kinder und Jugendlichen in einer digitalen Welt.

Immer noch sind viele Kinder und Jugendliche in Deutschland arm. Wir ändern das über vielfältige Programme der Bundes- und Landespolitik. Das geht nicht von heute auf morgen. Da Schulen ein grundlegender Teil der Chancengleichheit und Gerechtigkeit unserer Gesellschaft sind, werden wir die Prävention von Kindern und Jugendlichen vor Armut deutlich verstärken. Wir schaffen eine echte Lernmittelfreiheit ohne zusätzliche Kosten und komplett werbefrei.

Wir wollen die Schulämter in ihrer Fachberatung gegen Missbrauch unterstützen, die Soforthilfen für Opfer sexueller Straftaten ausweiten und dafür v.a. die Kooperation der Einrichtungen mit den Behörden verbessern. Schulen brauchen Schutzkonzepte gegen sexuellen Missbrauch. Die Schulpsychologie werden wir ausbauen und präventive Ansätze fördern.

Wir fördern gesunde Ernährung und werden sicherstellen, dass Hessen endlich am EU-Schulobstprogramm teilnimmt. Wir streben ein kostenloses und qualitativ hochwertiges Mittagessen an unseren Schulen an. Wir werden Projekte zur Abfallvermeidung von Lebensmitteln fördern und eine bessere Vernetzung von Ernährungsräten und lokalen Projekten unterstützen. Wir werden den Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften an den Schulen flächendeckend ausweiten und Gesundheitsaufklärung an allen Schulen konzeptionell absichern.

Wir wollen die individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen fördern. Dabei setzen wir auf Binnendifferenzierung in integrierten Gesamtschulen und vielfältige Bildungsangebote unter einem Dach, möglichst ohne Querversetzungen. Wir werden verstärkt individuelle Bildungswege ermöglichen. Dabei sind flexible Eingangsstufen und altersgemischte Klassen hilfreich. Zudem werden wir einen Modellversuch zur flexiblen, modularisierten Oberstufe initiieren



und die Einrichtung neuer Oberstufen erleichtern. Wir werden Schulen, die längeres gemeinsames Lernen ermöglichen mit den für ihre wichtige Aufgabe notwendigen Ressourcen ausstatten.

Der Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung im Grundschulalter muss in jedem Dorf und in jedem Stadtteil erfüllt werden, vor allem durch die Grundschulen. Wir werden dies im Schulgesetz absichern und Standards in Qualifikation und Personalschlüssel, sowie im Bereich Gebäude und Ausstattung, setzen.

**Antwort FDP:**

Die Fragen 1 bis 4 werden gemeinsam beantwortet:

Die folgenden Maßnahmen und Initiativen, die bis in das Jahr 2023 hineinreichen, sind entscheidend, um sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche, die von den Belastungen der Pandemie betroffen sind, die notwendige Unterstützung erhalten, um ihre Bildung und Gesundheit zu fördern und verpasste Entwicklungsschritte aufzuholen:

Zunächst, die Fortsetzung des Aktionsprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" bis in das Jahr 2023 gewährleistet die Bereitstellung von zwei Milliarden Euro, um Lernrückstände abzubauen und eine breite Palette von Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und Familien anzubieten. Dazu gehören auch verstärkte psychosoziale Angebote sowie der Ausbau der Schulsozialarbeit, um die soziale und emotionale Entwicklung der jungen Menschen zu begleiten.

Dann, die Stärkung der psychosozialen Unterstützung bleibt ein Schlüsselziel. Dies umfasst eine Sensibilisierung der Fachkräfte für die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, den gezielten Ausbau von Therapieplätzen und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und der Gesundheitsversorgung auf kommunaler Ebene. Dies stellt sicher, dass junge Menschen, die unter den Auswirkungen der Pandemie leiden, zeitnah Zugang zu den erforderlichen therapeutischen und psychosozialen Diensten haben.



Außerdem ist die Förderung von Gesundheitsprävention durch Initiativen wie die Bewegungskampagne des BMFSFJ und Angebote zur gesunden Ernährung im Jahr 2023 weiterhin von Bedeutung. Diese Maßnahmen sollen die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken und potenziellen gesundheitlichen Folgen der Pandemie entgegenwirken.

Des Weiteren ist die Fortführung der Forschung und Datenanalyse entscheidend. Dies schließt die Untersuchung von Themen wie Long Covid bei Kindern und anderen Gesundheitsaspekten ein. Durch diese Forschung wird sichergestellt, dass Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen auf fundierten Erkenntnissen basieren.

Schließlich sollte das Kinder-Untersuchungsprogramm genutzt werden, um mögliche Belastungen und Risiken, die sich aus den Pandemie-Bedingungen ergeben, zu identifizieren. Hierdurch können gezielte Empfehlungen für Unterstützungs- und Förderangebote ausgesprochen werden, um sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche die benötigte Unterstützung erhalten.

#### **Antwort DIE LINKE:**

Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz und beitragsfreie Bildung ist bis heute in Hessen nicht vollständig umgesetzt, Die Gebührenfreiheit und auch die wirkliche Lernmittelfreiheit ist eine entscheidende Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und soziale Teilhabe.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, muss eine Entlastung des pädagogischen Personals für die konkrete Betreuung der Kinder erfolgen. Wichtig ist, dass die pädagogische Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher oder das Lehramtstudium in den Fachhochschulen Hessen stattfindet.

Kurzfristig wollen wir neue Lehrer\*innenstellen schaffen und vor allem halten. Dazu ist es erforderlich eine gute pädagogische Qualifizierung als Quereinsteiger anzubieten und eine langfristige Berufsperspektive zu erhalten.

Mittel- und langfristig möchte die Linke-Fraktion auf Bundesebene einen Staatsvertrag aller Bundesländer unterschreiben, in dem alle Bundesländer sich verpflichten, die Lehrkräfte bedarfsgerecht auszubilden.



**Frage 2:**

**Wie ist die vorgesehene Finanzierung im Bildungsbereich gesichert? (Allein aus Landes- und Bundesmitteln?) Nach welchen Kriterien sollen die Mittel verteilt werden?**

**Antwort CDU:**

Die Finanzierung im Bildungsbereich teilt sich auf zwischen Land und Schulträger (in der Regel sind das die Kommunen).

Auf Landesseite haben wir als CDU Hessen einen besonderen finanziellen Schwerpunkt gesetzt und dafür gesorgt, dass der Bildungsbereich in Hessen im bundesweiten Vergleich finanziell sehr gut ausgestattet ist. Im Jahr 2024 überschreitet der Bildungsetat erstmals die Marke von fünf Milliarden Euro. Allein in der letzten Legislaturperiode haben wir diesen Ansatz um über eine Milliarde Euro erhöht. Damit sichern wir vor allem eine sehr gute Lehrkräfteversorgung. Rund 64.000 Lehrkräfte unterrichten derzeit an unseren Schulen – so viele wie nie zuvor.

Schulen mit besonderen Herausforderungen erhalten vom Land besondere Unterstützung. Daher werden wir den Schulen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Elternhäusern zusätzliche Mittel für die individuelle Förderung der Kinder bereitstellen. Ihnen weisen wir aus dem datenbasierten Sozialindex mehr personelle und finanzielle Ressourcen für ihre Arbeit zu. Hierfür werden über die bereits bei 105% liegende Lehrerversorgung hinaus rund 650 weitere Stellen zur Verfügung gestellt.

Für die Einrichtung und Ausstattung der Schulen, der Schulgebäude und Schulanlagen ist in Hessen der Schulträger zuständig. Wir als CDU Hessen sehen uns als Partner der Kommunen und unterstützen sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Die finanzielle Ausstattung der Kreise, die als Schulträger zuständig sind, ist bereits sehr gut. Die Landkreise (und damit die Schulträger) konnten alle ihre Haushalte ausgleichen. Insgesamt sind die kommunalen Rücklagen auf 6,4 Milliarden Euro gestiegen. Ein wichtiger Beitrag war auch die Steigerung des Volumens des Kommunalen Finanzausgleichs in den vergangenen fünf Jahren von 5,2 Mrd. Euro in 2019 auf nunmehr 6,8 Mrd. Euro in 2023. Damit haben wir die Kommunen in die Lage versetzt, die nötigen Investitionen in moderne Schulen zu tätigen.

Neben der allgemein guten Finanzierung haben wir als Land in dieser Legislaturperiode die Kommunen mit gesonderten Programmen bei Ihren Aufgaben im Bildungsbereich massiv unterstützt. Wesentliche Beispiele sind:



- Das Schulbauprogramm „KIP macht Schule“: Mit diesem Programm wurden mehr als 650 Millionen Euro in die Modernisierung der Schulen investiert
- „Digitalpakt Schule“: Mit der DigitalPakt-Schule soll die bildungsbezogene digitale Infrastruktur an hessischen Schulen aufgebaut und verbessert werden. Hierfür stehen rund 500 Mio. Euro zur Verfügung (Bund, Land und Schulträger)
- Mit 3 Zusatzvereinbarungen zum Digitalpakt und damit ExtraFörderung in Höhe von insgesamt 150 Mio. Euro wurde ein Sofortausstattungsprogramm für Schülerendgeräte, die digitale Administration und das Leihgeräteprogramm für Lehrkräfte umgesetzt.

Auch der Bund hat sich noch unter der vergangenen CDU-geführten Regierung an der Bildung beteiligt. Mit einer Grundgesetzänderung haben wir ermöglicht, dass der Bund Verantwortung für die Bildung unserer Kinder mitübernimmt. Als die CDU noch in der Bundesregierung verantwortlich war, wurde dies zum Beispiel mit der Förderung der Sprachkitas oder dem Digitalpakt praxisnah mit Leben gefüllt.

Leider kürzt die Ampelregierung in Berlin gerade massiv ihre Investitionen in die Bildung: Die Sprachkitas wurden ersatzlos gestrichen und die Finanzierung des Digitalpakt 2.0 steht auch auf der Kippe. Wir setzen uns dafür ein, einen Digitalpakt 2.0 aufzusetzen, der zu den digitalen Bedarfen unserer hessischen Schulen passt. Leider wird hier die Ampelregierung im Bund derzeit ihren eigenen Ansprüchen aus ihrem Koalitionsvertrag nicht gerecht und zeigt sich nicht als zuverlässiger Partner.

Wir als CDU Hessen sorgen aber für Stabilität. Wir finanzieren die Sprachkitas aus Landesmitteln weiter und auch beim Digitalpakt 2.0 – der wichtigsten Zukunftsinvestition im Bildungsbereich – üben wir so viel Druck wie möglich auf den Bund aus.

#### **Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Wir GRÜNEN stehen zu unserer landespolitischen Verantwortung für die Bildungspolitik. In den vergangenen Jahren hat das Land so viel in Bildung investiert, wie nie zuvor. Der Bildungsetat steigt mit dem Doppelhaushalt 23/24 auf ein Rekordniveau von über fünf Mrd. Euro im Jahr 2024. Jeder vierte Euro fließt in Hessen in die Bildung. Auch in der kommenden Wahlperiode wollen wir hieran anknüpfen und in die Lehrkräfteversorgung, die Ganztagschulentwicklung, multiprofessionelle Teams, Digitalisierung und den Schulbau investieren. Hierbei wollen wir weiterhin über den Sozialindex gezielt zusätzliche Ressourcen dorthin steuern, wo die Herausforderungen, z.B. aufgrund großer Heterogenität der Lerngruppen, am größten sind –z.B. an Grundschulen, die viel Verantwortung im Bereich der Inklusion übernehmen sowie an Schulen mit Haupt- und Realschulbildungsgang.



Auch sind wir GRÜNEN grundsätzlich bereit, die kommunalen Schulträger – auch aufgrund ihrer unterschiedlichen Finanzkraft – bei ihrer Verantwortung für die bauliche Unterhaltung und sächlicher Ausstattung der Schulen zu unterstützen. Denn die pädagogische Weiterentwicklung von Schule kann nur gelingen, wenn auch die räumlichen Strukturen darauf abgestimmt sind. Insbesondere im Zuge der Ganztagschulentwicklung darf Schule nicht mehr nur als reine Lernstätte, sondern muss stärker als sozialer Lebensraum begriffen werden, an dem Schüler\*innen teilweise acht Stunden oder länger am Tag verbringen. Wir wollen deswegen mit den Schulträgern ein Innovationsprogramm für modernen Schulbau entwickeln, das die Individualisierung von Lern-Lehrsettings, rhythmisierten Ganztag (und somit auch die Ausstattung mit Frischküchen), Digitalisierung und Inklusion in Schulgebäuden und auf dem Schulhof mitdenkt, nachhaltiges Bauen fördert, Belüftungskonzepte implementiert, Bewegungsmöglichkeiten und Grünflächen schafft und die klassischen Flur-Klassenraum-Schulen ersetzt.

Gleichzeitig sind die Länder bei großen Infrastrukturmaßnahmen, wie dem Digitalpakt und dem Rechtsanspruch Ganztag, auch weiterhin auf die Unterstützung des Bundes angewiesen, sodass wir in diesen Bereichen eine enge Zusammenarbeit anstreben

#### **Antwort SPD:**

Wir wollen das Bildung wieder oberste Priorität in Hessen hat und werden das auch zukünftig im Landeshaushalt abbilden. Auf der Basis eines schulscharfen Sozialindexes werden wir Schulen in besonders herausfordernden Lagen viel stärker unterstützen, damit sie kompensatorisch arbeiten können.

Ziel ist ein flächendeckender Ausbau der Schulsozialarbeit. Mit den zusätzlichen Mitteln soll erreicht werden, dass künftig an allen Schulen in Hessen echte Schulsozialarbeit verankert ist. Dafür sollen zunächst 150 zusätzliche Stellen ab dem Schuljahr 2023/24 sowie weitere 150 Stellen in 2024/25 finanziert werden. Grundlage ist ein Konzept der Drittelfinanzierung zwischen Land, Träger und Kommune, das schrittweise flächendeckend eingeführt werden soll. Hierzu soll eine Vereinbarung mit den kommunalen Partnern abgeschlossen werden. Das Land übernimmt eine feste Pauschale in Höhe von 20.000 EUR je Stelle, die ein Drittel der Kosten abdeckt.

Das Land finanziert derzeit nur sogenannte UBUS-Stellen an Schulen. Zusätzlich wollen wir Mittel für Projektförderungen, aber auch zum Ausbau eines tragfähigen Netzwerks aus Schulen, Jugendhilfe, Schulsozialarbeit und Quartiersmanagement/Gemeinwesenarbeit zur Verfügung stellen. Dafür ist 1 Mio. Euro vorgesehen.



**Antwort FDP:**

Siehe Frage 1.

**Antwort DIE LINKE:**

Die Finanzierung kann auf verschiedenen Wegen erfolgen bzw. die Überwindung der sogenannten Schuldenbremse: Sie setzt einseitig auf Ausgabenkürzungen und behindert sinnvolle Kreditaufnahme für langfristige Infrastrukturinvestitionen im Bildungsbereich.

Für Dauerausgaben soll die Einnahmenseite des Staates auf Bundesebene erhöht werden: moderate Wiedererhebung der Vermögenssteuer von nur 1% (erste Million frei!) könnte für das Land Hessen bis zu 2 Milliarden Euro im Jahr als Spielraum bringen.

**Frage 3:**

**Welche Maßnahmen planen Sie, um die Qualität der vorschulischen und schulischen Bildung einschl. Berufsbildung gerade für benachteiligte Kinder zu verbessern?**

**Antwort CDU:**

Neben der Erziehung legt eine gute Bildung den Grundstein für das weitere Leben. Bildung ist der Schlüssel für ein erfolgreiches Leben und lebenslanges Lernen das Leitmotiv unserer hessischen Bildungspolitik.

Die unterschiedlichen Veranlagungen von Kindern und Jugendlichen verpflichten zu einer ideologiefreien, differenzierten und verlässlichen Bildungspolitik. Auf dem Fundament einer stabilen und vielfältigen Schullandschaft setzen wir den eingeschlagenen Modernisierungskurs an unseren Schulen fort. Individuelle



Förderung sowie Leistungs- und Aufstiegschancen gehören für uns zusammen. Wir werben für beste Schulen und die besten Lehrkräfte an Schulen mit besonderen Herausforderungen, damit gerade auch die Bildungschancen von Menschen in benachteiligten Quartieren gefördert werden.

Schulen mit besonderen Herausforderungen erhalten vom Land besondere Unterstützung. Daher werden wir den Schulen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Elternhäusern zusätzliche Mittel für die individuelle Förderung der Kinder bereitstellen. Ihnen weisen wir aus dem datenbasierten Sozialindex mehr personelle und finanzielle Ressourcen für ihre Arbeit zu. Hierfür werden über die bereits bei 105% liegende Lehrerversorgung hinaus rund 650 weitere Stellen zur Verfügung gestellt.

Ein wichtiger Beitrag für die Verbesserung der Bildungschancen in benachteiligten Quartieren, bei denen häufig auch der Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Herkunftssprache überdurchschnittlich hoch ist, ist zudem unser umfassendes Konzept zur Stärkung der Bildungssprache Deutsch von Klein auf. Das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für einen späteren Bildungserfolg. Um jedem Kind gerechte Startchancen in unser Bildungssystem zu bieten und den Eingang in die Schule zu erleichtern, müssen bestimmte Fähigkeiten – insbesondere die deutsche Sprache – beherrscht werden. Um diese gleichen Chancen für alle Kinder sicherzustellen, wird im letzten Jahr vor der Einschulung der Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung obligatorisch. Kindern mit besonderem Förderbedarf werden in verpflichtenden Vorlaufkursen die nötigen Grundlagen vor dem Start in die Grundschule vermittelt. Insbesondere muss die Teilnahme an Sprachscreenings (KISS3) flächendeckend und verpflichtend stattfinden und die Sprachförderung in Kitas weiter ausgebaut werden. Zur Stärkung der Bildungssprache Deutsch werden wir zudem eine zusätzliche Deutschstunde in den Jahrgangsstufen 1 und 2 einführen.

Gerade vor diesem Hintergrund ist die Streichung der Förderung für Sprachkitas durch den Bund so unverständlich. Wir springen ein und stellen als Land die Anschlussfinanzierung sicher.

**Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Siehe Frage 1.



### **Antwort SPD:**

Bitte beachten Sie zur Schule Antwort 1 und 2.

### **Für die vorschulische Bildung:**

Gute Familienpolitik bedeutet für uns, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Hessen konsequent zu verbessern. Dabei wird die SPD allen Kindern die beste Bildung von Anfang an ermöglichen – kostenfrei! Krippen und Kitas sind die allererste Bildungseinrichtung für unsere Kinder. In den Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege sind der Schlüssel für den Bildungserfolg und damit für die gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Lebenschancen gelegt. Wichtig ist uns dabei, dass die sprachliche Bildung und Förderung im frühkindlichen Bereich auskömmlich finanziert wird, die Kinderrechte in den Einrichtungen gestärkt und auch das digitale Lernen ermöglicht wird.

Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung, von Anfang an. Auch deshalb muss Bildung beitragsfrei werden. Von der Krippe bis zum Meister oder Master. Elternbeiträge für die Kitas schaffen wir komplett ab. Die SPD macht Schluss mit den halben Sachen von Schwarz-Grün. Damit sorgen wir für die größte Nettoentlastung für Familien in Hessen.

Gute Bildung von Anfang an geht nur mit mehr und gut qualifiziertem Personal! Knapp ein Vierteljahrhundert haben CDU-geführte Landesregierungen die Entwicklungen verschlafen. Heute besteht ein massiver Fachkräftemangel in allen sozialen Berufen. Wir wollen Kitas für multiprofessionelle Teams öffnen, die im Personalschlüssel angerechnet werden. Wir setzen uns grundsätzlich für eine Ausbildungsvergütung, auch im Bereich der stationären Jugendhilfe, ein – neben der praxisintegrierten Ausbildung auch in der Vollzeit- und Teilzeitausbildung – und schaffen das Schulgeld ab. Wir bauen die Ausbildungskapazitäten aus, erleichtern den Quereinstieg in soziale Berufe und beschleunigen die Anerkennung ausländischer Ausbildungs- und Studienabschlüsse.

### **Für die berufliche Bildung:**

Investitionen in Berufliche Schulen und Berufliche Bildung sind ein wichtiger Beitrag zu Chancengleichheit und guter Bildung für alle. Wir stehen zu starken regionalen Ausbildungsstandorten. Unsere Maxime ist, dass junge Leute möglichst wohnortsnah ihre Ausbildung durchführen können. Investitionen in Berufliche Schulen sind Grundlage für die Ausbildung von Fachkräften und für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsraumes. Eine qualifizierte berufliche



Erstausbildung befähigt Menschen zu einer kontinuierlichen und existenzsichernden Erwerbsbiografie mit vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten in ihrer beruflichen Karriere. Wir stärken berufliche Bildung und sehen berufliche und akademische Bildung als gleichwertig an.

Wir werden die Berufs- und Lebensweltorientierung an allen Schulformen stärken. Dafür werden wir an den Gymnasien das Fach Arbeitslehre einführen. Damit unterstützen wir die Wahlfreiheit der Schüler\*innen in Hinblick auf ihren weiteren Lebensweg. Schulformübergreifend sollen die Themen Transformation, Finanzen rund um Mietverträge, Steuererklärung, Leben und Arbeiten in der digitalen Welt und vieles mehr zur selbstständigen Lebensführung behandelt werden. Wir setzen zudem einen Schwerpunkt bei Demokratie und Nachhaltigkeit.

Um junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf engmaschig zu betreuen, und individuell beraten zu können, brauchen wir einen flächendeckenden Ausbau der Jugendberufsagenturen, die bereits jetzt dort, wo sie existieren, eine rechtskreisübergreifende Beratung und Integration der jungen Menschen in den Arbeitsmarkt sicherstellen. Den Ausbau der Jugendberufsagenturen, auch im ländlichen Raum, werden wir als Land fördern und unterstützen.

**Antwort FDP:**

Siehe Frage 1.

**Antwort DIE LINKE:**

Für benachteiligte Kinder: Förderung längeren gemeinsamen Lernens, d. h. mehr gemeinsames Lernen Erweiterung der Grundschule bis 6.-7. Klasse. Wir wollen gemeinsames Lernen bis Klasse 10, und zwar in echten teilgebundenen oder gebundenen Ganztagschulen.

Und zum anderen steht in der Verfassung die Förderung von Lernmittelfreiheit, d.h. alles, was man zum Lernen benötigt, sollte gestellt werden, auch die Tablets als Lernmittel im digitalen Alter.



Wir haben in der letzten Legislaturperiode ein Gesetzentwurf für ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder erarbeitet. Hier werden die Familien entlastet, die Bürgergeld erhalten, aber auch die Kinder, die in einer prekären Situation leben und den Preis für ein Mittagessen nicht zahlen können.

**Frage 4:**

**Von pandemiebedingten Belastungen und deren Nachwirkungen waren und sind Kinder stark betroffen. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass jungen Menschen, die Übergänge und Entwicklungsschritte verpasst haben, ausreichende Ressourcen an pädagogischen und therapeutischen Fachkräften zur Verfügung gestellt werden?**

**Antwort CDU:**

Die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen liegt uns besonders am Herzen. Sie benötigen in Krisensituationen beste Betreuung.

Lehrkräfte sind oft wichtige Bezugspersonen, die Veränderungen wahrnehmen und Warnsignale für krisenhafte Situationen erkennen können. Um sie bei dieser schwierigen Aufgabe zu unterstützen, hat die CDU-geführte Landesregierung einen Leitfaden „Handeln in Krisensituationen“ bereitgestellt, der Lehrkräften beim Erkennen von Krisensituationen hilft und Hinweise für den Umgang mit Suizidalität gibt. Auch stehen ihnen vielfältige Fortbildungsangebote zur Verfügung. Die Schulsozialarbeit, die Schul- und Krisenseelsorge sowie die Schulpsychologie arbeiten in Krisenfällen zusammen, um einem gefährdeten Schüler bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Deshalb werden wir bestehende Programme besser bewerben und – wo Lücken bestehen – ergänzende Angebote auflegen, auch in der Suizidprävention. Wichtige Arbeit leistet hierbei das Schulpsychologische Kriseninterventionsteam SKIT. Dafür brauchen wir noch mehr Fachpersonal. Die Schulpsychologie als wichtiger Baustein für Präventionsangebote jeglicher Natur werden wir weiter ausbauen und Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrkräfte weiterhin unterstützen.



Eine sehr wichtige Rolle spielen zudem die allgemeinen primärpräventiven Programme zur psychischen Gesundheits- und Resilienzförderung der Schülerinnen und Schüler. In Zusammenarbeit mit der hessischen Schulpsychologie ist beabsichtigt, ein zusätzliches Angebot für unsere Schulen im Rahmen der kompensatorischen Maßnahmen nach Corona zu schaffen, um mittels verstärkter Präventionsangebote im Bereich der psychischen Gesundheit die Schülerinnen und Schüler bei einer besseren Bewältigung der psychischen Belastungen zu unterstützen. Mit einem solchen präventiven Vorgehen auf Klassenebene in der Schule kann die Kompetenz zur Stressbewältigung und die Resilienz der Schülerinnen und Schüler gestärkt und damit perspektivisch das Risiko für chronische Entwicklungen in Verbindung mit drohendem Leistungsabfall reduziert werden.

Die Sozialarbeit an unseren Schulen ist uns ein wichtiges Anliegen. Schulen als Sozialraum zu gestalten bedarf der professionellen Begleitung. Entsprechend unserem bildungspolitischen Leitbild einer individuellen Förderung wollen wir gerade Kindern mit einem besonderen Förderbedarf oder aus herausforderndem sozialem Umfeld eine besondere Förderung zukommen lassen, die durch die Lehrkräfte allein nicht geleistet werden kann.

Die CDU-geführte Landesregierung hat dafür in einem ersten großen Schritt 700 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte („UBUS-Fachkräfte“) geschaffen. Diese Fachkräfte, die die Schülerinnen und Schüler in ihrer allgemeinen und schulischen Entwicklung und in der Stärkung ihrer sozialen Kompetenzen unterstützen und sie individuell fördern, leisten einen wichtigen Beitrag für eine bestmögliche Bildungsunterstützung. Den multiprofessionellen Teams aus Lehrkräften und UBUS-Fachkräften ist es so möglich, Schülerinnen und Schüler zu fördern und auf ihre unterschiedlichen Ausgangsbedingungen einzugehen. Wir wollen auch künftig zusätzliche Stellen zur sozialpädagogischen Unterstützung an Hessens Schulen bringen.

#### **Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Insbesondere für Kinder und Jugendliche waren die pandemiebedingten Einschränkungen des Kita- und Schulbetriebs, aber auch im privaten Umfeld, mit erheblichen Belastungen und Zumutungen verbunden. Mit dem Bund-Länder-Programm zum Aufholen nach Corona haben wir deswegen für die Schuljahre 21/22 und 22/23 in Hessen 150 Mio. Euro für vielfältige Förder- und Kompensationsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Hierbei geht es nicht nur um Aufholen von Lerninhalten, sondern auch um psychosoziale Unterstützung oder Angebote im Bereich Gesundheit, Sport und Kultur. Wir GRÜNEN haben uns für eine sozialindizierte Mittelzuweisung eingesetzt, damit die Schulen besonders berücksichtigt werden, wo ohnehin viele Schüler\*innen vor Problemen stehen. Auch wenn der Bund keine weiteren Mittel stellt, führen wir als Land das Programm derzeit alleine fort. Wir GRÜNEN wollen das Förderprogramm auch über das



nächste Schuljahr hinaus in der kommenden Wahlperiode weiterführen und dabei noch stärker auf Schulen und Schüler\*innen mit dem größten Bedarf konzentrieren.

Insbesondere wollen wir das Prinzip der Aufstockung der Schulbudgets aus dem Aufholprogramm in Form eines „Chancenbudgets“ für Schulen fortführen. Hiermit wollen wir den Schulen dauerhaft die Möglichkeit geben, in eigener Verantwortung und in Kooperation mit außerschulischen Partnern, Lernorten und Orten der offenen Kinder- und Jugendarbeit ergänzende Förderangebote, aber auch Angebote durch Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sowie in den Bereichen Gesundheit, Sport, Kultur u.v.m. zu machen.

Darüber hinaus wollen wir unsere Anstrengungen im Bereich der Multiprofessionellen Teams an Schulen fortführen und nochmals verstärken. Im Rahmen der auf unsere Initiative im Jahr 2018 eingeführten unterrichtsbegleitenden sozialpädagogischen Unterstützung (UBUS) stehen den hessischen Schulen mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 inzwischen über 1100 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte zur Verfügung (s.o.). Auch die Stellen im Bereich der Schulpsychologie haben wir auf 120 erhöht bzw. und im Bereich der Schulgesundheitspflege erstmals überhaupt 50 Stellen geschaffen, die insbesondere vor dem Hintergrund der pandemiebedingten Einschränkungen und damit einhergehenden psychischen, physischen und motorischen Problemen einiger Kinder und Jugendlicher die gesundheitliche Bildung, Aufklärung und Versorgung an Schulen stärken sollen. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen und die multiprofessionelle Arbeit an Hessens Schulen weiter ausbauen.

Im Bereich der Schulpsychologie wollen wir neben der kontinuierlichen Aufstockung der Ressourcen auch dafür sorgen, dass die Schulpsycholog\*innen zukünftig gezielter direkt in den Schulen vor Ort arbeiten, in die Kollegien integriert werden und bspw. regelmäßig offene Sprechstunden für Schüler\*innen anbieten. Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, dass das, was der schulpsychologische Dienst leisten kann und soll, Grenzen hat. Die Behandlung ernsthafter und fortdauernder psychische Erkrankungen bedarf einer umfänglichen ärztlichen und/oder therapeutischen Versorgung, die nicht (allein) im Rahmen schulpsychologischer Betreuung erfolgen kann. Es handelt sich hierbei um ein Unterstützungsangebot, das insbesondere die Sensibilisierung und Prävention stärken, sowie in akuten Krisensituationen vor Ort schnell zur Verfügung stehen soll.



**Antwort SPD:**

Schulen können durch den Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften entlastet werden, etwa wenn es um Unfälle, Verletzungen, Erkrankungen oder Präventionsmaßnahmen geht. Eine Allianz aus fünf medizinischen Fachgesellschaften plädierte anlässlich des diesjährigen Weltkindertags für die flächendeckende Etablierung von Schulgesundheitsfachkräften.

Die Stärkung der Gesundheitsvorsorge ist gerade in und aufgrund der Corona-Pandemie zu einem wichtigen Thema an den Schulen geworden, dem künftig mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Um das Projekt in die Fläche zu bringen, soll je Schulträger zunächst eine Stelle (insg. 34) zur Verfügung stehen. Die Zahl der Stellen soll sukzessive aufwachsen.

120 Planstellen sind aktuell an den Staatlichen Schulämtern für die schulpsychologische Versorgung der hessischen Schulen ausgewiesen. Zusätzlich wurden im letzten Schuljahr den Schulämtern Mittel für 15 vollzeitbeschäftigte Schulpsychologen aus dem „Löwenstark“-Programm bis einschließlich Ende Juli 2023 zur Verfügung gestellt worden und weitere Mittel für 15 Stellen zum Schuljahr 2023/24. Diese Stellen wollen wir verstetigen.

Vor allem müssen braucht es Maßnahmen gegen den Lehrer\*innenmangel, damit Kinder bestmöglich und individuell betreut werden können. Dazu wollen den Quereinstieg erleichtern, mehr Studienplätze schaffen und neue Lehrstellen schaffen. Nur mit ausreichend Personal lässt sich auf die Bedürfnisse der Schüler\*innen, die unter den Folgen der Pandemie noch immer leiden, bestmöglich eingehen.

**Antwort FDP:**

Siehe Frage 1.

**Antwort DIE LINKE:**

In Hessen entfallen aktuell 1 Schulpsychologe auf 6.300 Schülerinnen und Schüler. In den 70er Jahren hatte sich die Kultusministerkonferenz darauf verständigt, die Relation 1: 5.000 zu haben. Schulpsychologen auszubilden und als Zielsetzung in jeder Schule eine Stelle zu haben, ist eine wichtige Priorität.



Das Problem in Hessen ist, dass zwei Ministerien (das Kultusministerium und das Sozialministerium) für diese Thematik zuständig sind. Wir fordern daher eine bessere Verzahnung von Schulsozialarbeit und der Schule als integriertes Konzept., um Maßnahmen schneller und abgestimmt umzusetzen.

Zudem wollen wir mittelfristig eine schulpsychologische Stelle an jeder Schule haben.